

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonntagen und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die "Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen.

Interessante Lesarten: Die achtseitige Monatshefte oder deren Nummer 120 M., Wortanzeigen das selbige Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Kurzwortanzeigen 30 Pf., Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interesse für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9769.

# Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der demokratische Rechtsfrieden.

### Die Rechtspflege im Verfassungsausschuß.

**Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit abgelehnt.**  
Im Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung am 27. Mai, anlässlich der Beratung der Paragrafen über die Rechtspflege in der Verfassung zu einer lebhaften Auseinandersetzung über Unabhängigkeit und Wahl der Richter, Erziehung von Volksgerichten und Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit.  
Genosse Dr. Cohn stellte den Antrag: „Die Gerichtsbarkeit wird auf Grundlage des Gesetzes durch Volksgerichte ausgeübt; ihnen allein sind auch die Personen des Soldatenstandes unterworfen, Militärgerichte und Ausnahmegerichte jeder Art sind verboten.“  
Zur Begründung führte er aus, daß die Unabhängigkeit der Richter bisher nur eine scheinbare Vorhülle gewesen sei. Die Unabhängigkeit der Richter werde gewahrt durch die kontrollierende Tätigkeit des wählenden und Recht nehmenden Volkes. Die Abhängigkeit vom Volke sei das Kernstück der Demokratie. Die Abhängigkeit vom parlamentarischen Staatswesen und von einer kleinen herrschenden Klasse oder Klasse. Diese Abhängigkeit sei größer in den kleineren Bundesstaaten, wie z. B. in den Hansestädten, deren Rechtsprechung in Strafsachen teilweise besonders weisheitsvoll und vorsichtig sei, als in den größeren. Die Beseitigung aller Ausnahmegerichte sei eine alte Forderung aller bürgerlichen Demokratien. Später nur noch der Sozialdemokratie. Auch besondere Militärgerichte seien verwerflich, es sei denn, daß man eine Ausnahme mache für Truppen auf dem Marsch und in der Front. Der Abg. Kapfenstein von den Rechtssozialisten schloß sich diesen Ausführungen an. Es kam darauf an, durch Wahl aller Richtungen zur Weltung kommen zu lassen. Besonders sei die Militärgerichtsbarkeit abzulehnen. Der militärische Gehorsam sei der höchste Gegensatz zur richterlichen Unabhängigkeit; auch beim Wehrdienst müsse die Rechtspflege dem ordentlichen Recht verbleiben.  
Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Genossen Dr. Cohn abgelehnt, ebenso die grundsätzlichen Anträge von Kapfenstein.

### Warum Genosse Ledebour in Haft bleibt.

**Die Angst vor den Offiziers-Mördern.**  
Die rechtssozialistische „Schlesia-Holsteinische Volkszeitung“ in Kiel schreibt:  
„Wir wollen es klar und deutlich aussprechen: Man will den alten Kampfboden dem Schicksal Liebesrechts und Rosa Luxemburgs bewahren. Die Offiziers- und Ledebour freier denn je ihre Haut. Wenn man Ledebour heute aus seiner Haft entläßt, besteht die Gefahr, daß er morgen von den wildgewordenen Wesen der Soldateska erschlagen wird. Die Regierung scheint gegenwärtig kein Mittel in der Hand zu haben, Menschensörderer in Haft zu halten und Revolutionäre des Lebens zu sichern. Für Trippl und Ledebour, die frei in Berlin unheerspagieren, besteht einwillen diese Gefahr nicht.“  
Wir können dieser Kennzeichnung des rechtssozialistischen Blattes nur zustimmen. Sie ist vollkommen zutreffend und wird jeden Tag von neuem durch die Ereignisse bestätigt. Unter der Herrschaft der „sozialistischen“ Regierung ist jeder Revolutionär voelfrei, und kein Leben in jedem Augenblick bedroht, während die Kontingente sich jede Schandtat ungestraft erlauben dürfen.

### Auf alle Eventualitäten vorbereitet.

Offiziell wird mitgeteilt:  
In Berlin ist das Gerücht verbreitet, daß gelegentlich einer eventuellen Verurteilung im Prozeß Ledebour wieder größere Unruhen zu erwarten seien. Wie wir hören, besteht daher bei der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei keinerlei Absicht, zu irgendwelchen Demonstrationen aufzufordern. Im Lager der Regierungstruppen ist man auf alle Eventualitäten vorbereitet, trotzdem die umlaufenden Gerüchte sich bisher noch nicht zu Tatsachen verdichtet haben. Die vielfach geäußerte Befürchtung, daß die Berliner Garnisonen der Regierungstruppen durch Abkommandierungen zum Offiziersstand in den Teilen des Reiches weisentlich geschwächt seien,

ist grundlos. Die Korps sind sogar in letzter Zeit durch starken Zugang von Freiwilligen erheblich verstärkt worden.

Es bedurfte nicht erst dieser offiziellen Versicherung, um zu erfahren, daß die Freiwilligenverbände erheblich verstärkt worden sind und auf die Gelegenheit warten, ihre Unentbehrlichkeit aufs neue zu beweisen.

### Ein neuer Streit in Oberschlesien.

**Kattowitz, 27. Mai.**  
Offiziell wird mitgeteilt: Seit gestern abend streiken die Hüttenhäuser, Stahlwerke und der Maschinenbetrieb der Königsütte. Forderung der Streikenden: Lebensmittel und Lohnverhöhung. Es handelt sich auch hier wiederum um einen wilden Streik, von dem die Gewerkschaftsführer hoffen, daß er bereits morgen wieder beigelegt ist.

### Die Belgier in Eupen und Moresnet.

**Köln, 27. Mai. (Spatz-Neulet.)**  
Die belgischen Truppen haben am Montag Eupen, Moresnet, Herzelsdorf und Aachen besetzt.

### Soldaten bei der Kundgebung in Paris.

**Paris, 27. Mai.**  
„France libre“ und andere sozialistische Pariser Organe berichten, daß an der sozialistischen Kundgebung im Friedhof Père Lachaise auch Soldaten und Offiziere teilgenommen hätten, die „Nieder mit dem Krieg“ riefen.

### Die Forderungen der französischen Gewerkschaften.

**Paris, 27. Mai.**  
Der Landesausschuß der französischen Arbeitergewerkschaften ist gestern zu einem wegen der Zwischenfälle am 1. Mai einberufenen außerordentlichen Kongreß zusammengetreten, der die Mittel und das Vorgehen zur Durchführung der Arbeiterforderungen beschließen soll. In seiner Begrüßungsansprache erklärte Jouhaux die aus der Einführung des Achtstundentages zu ziehenden Folgerungen für die Hauptfrage und wies besonders darauf hin, daß sie eine Verbesserung der Arbeiterwohnungen nach sich ziehen müsse; sie werde vom Kongreß ausführlich erörtert werden. Der Versailler Frieden, erklärte er, sei unbefriedigend und verlange das wahre Wohl des Landes; er halte eine Umarbeitung des Vertrages für unbedingt nötig. Es werde die Aufgabe der international geeinigten Arbeiter sein, her durchzugehen, damit den Völkern Freiheit und Friede gesichert werde. Der Landesausschuß müsse dem Vorstände der Confederation Generale du Travail bestimmten Auftrag in dieser Richtung für den nächsten internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam geben. Nach Erörterung verschiedener Arbeiterfragen nahm der Ausschuß schließlich eine Tagesordnung einstimmig an, in welcher er den Matrosen im Schwarzen Meer bei ihrer Belagerung, gegen die russischen Revolutionäre zu kämpfen, zustimmt und sich bereit erklärt, sie mit allen Mitteln gegen Strafmaßnahmen der französischen Regierung zu schützen.

**Paris, 27. Mai.**  
„Populaire“ meldet, daß der Nationalausschuß der französischen Gewerkschaften heute nachmittag einen Antrag annahm, sich sofort mit den Engländern, Italienern und Franzosen ins Benehmen zu setzen, um die Regierungen zur sofortigen Zurücknahme der Truppen, welche sich in Rußland, Ungarn und anderswo schlagen, aufzufordern, und um die Probleme zu erörtern, welche die Zukunft des Weltproletariats interessieren.  
Eine Abordnung von 15 Mitgliedern wird der Regierung die Beschlüsse des Nationalausschusses überbringen. Sie wird geführt von Jouhaux, und es gehören ihr unter anderen die radikalen Arbeiterführer Dumoulin, Vidogarray und Verrepein an.  
Ferner erteilte der Nationalausschuß den geschäftsführenden Mitgliedern der Arbeitergewerkschaften den Auftrag, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Durchführung der Arbeiterforderungen, namentlich des Achtstundentages, sicherzustellen.

### Der deutsche Gegenvorschlag.

Die deutsche Friedensdelegation hat nunmehr dem Gewaltfrieden, den die Entente verhängen will, einen ausführlichen Gegenentwurf entgegengebracht. Die deutsche Delegation macht gegenüber den zahlreichen Verstößen gegen die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts, die die führenden Staatsmänner der Entente so oft verkündet haben, die Grundsätze eines demokratischen Rechtsfriedens mit allem Nachdruck geltend. Sie kann mit Recht darauf verweisen, daß diese Grundsätze bei den Bestimmungen des Versailler Friedensvorschlages über das Saargebiet, über Danzig, zum Teil auch bei der Abgrenzung des abzutretenden Gebietes im deutschen Osten verletzt und durchbrochen worden sind zugunsten von Nachbestrebungen und militärischen Erzwägungen. Die Note legt auch mit Recht Nachdruck darauf, daß in allen Fällen der vorzunehmenden Gebietsveränderungen das Recht der Selbstbestimmung der betroffenen Bevölkerung durch Garantien für eine freie, unbeeinflusste Volksabstimmung gewahrt bleiben müsse.

Der deutsche Gegenvorschlag geht dann auf die außerordentlichen Härten ein, die die finanziellen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages bedeuten. In dieser Hinsicht mußte aller Nachdruck vor allem darauf gelegt werden, daß die Verpflichtungen, die Deutschland auferlegt werden, in ihrer Höhe fest begrenzt sind und nicht nachträglich etwa erhöht werden können, wie es der Entente-Entwurf zuläßt. Die deutsche Delegation bietet zur Wiedergutmachung der angerichteten Schäden einen Ersatz von 100 Milliarden Mark an. Die angegebene Ziffer zeigt uns, wie entsetzlich verheerend dieser Krieg gewirkt hat, welche fürchterlichen Opfer diejenigen dem deutschen Volke auferlegt haben, die in den Augusttagen von 1914 durch ihre unfähige und verbrecherische Politik die Welt in diese Katastrophe gestürzt und bis zum Zusammenbruch an der verreckten Durchhaltepolitik festgehalten haben.

Die Bedingungen der Entente besagen aber auch, daß die von ihr eingesetzte Kommission für Wiedergutmachung eine außerordentlich weitgehende Kontrolltätigkeit über die ganze Wirtschafts- und Finanzpolitik Deutschlands ausüben kann. Diese Kommission hätte fast in allen Wirtschaftsstücken das entscheidende Wort. Wegen dieser außerordentlich weitgehenden Beschränkung der deutschen Wirtschaftspolitik wenden sich jene Vorschläge der deutschen Delegation, die die Einsetzung einer deutschen Kommission verlangen, die der Entente-Kommission beigegeben werden soll. Einigen sich die beiden Kommissionen nicht, so soll ein Schiedsgericht unter neutralem Vorsitz urteilen. Denn sonst bliebe das deutsche Wirtschaftsleben auf lange Zeit unter der Wirtschaftsdiktatur fremder kapitalistischer Mächte.

Die weiteren Einwendungen richten sich gegen die fast völlige Konfiskation der deutschen Handelsflotte, gegen die Erzköperung des Außenhandels und der Wiederaufnahme der überseeischen Beziehungen.

Man wird die Vorschläge der deutschen Delegation auch vom internationalen sozialistischen Standpunkt durchaus für gerechtfertigt halten, da sie in den territorialen Fragen durch das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker geleitet sind und in den Wirtschaftsstücken in der Tat bis zur Grenze des wirtschaftlich Möglichen zu gehen scheinen. Ebenso ist die Forderung durchaus berechtigt, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sofort nach Friedensschluß zu erfolgen habe, da der Völkerbund, wenn er überhaupt etwas anderes sein soll als die Liga der siegreichen imperialistischen Mächte, keinen Stuhl ausschließen darf.

Dagegen erscheint uns die Forderung nach Rückgabe der deutschen Kolonien von geringerer Wichtigkeit. Wir haben von jeder Art kapitalistischer Kolonialpolitik ab-



freien Annahme dieser Regelung seitens des dadurch Betroffenen...  
...erfolgt. Nur die Völker, die in freier Selbstverantwortung...

Diese Erkenntnis spricht nicht aus dem Friedensdokument,  
...und vorgelegt wurde. Eine herbende Welt...

### Der Retter der Ordnung — eine Gefahr für die Sicherheit.

Aus Stettin wird uns geschrieben: Am 10. Mai bei  
...der Hungerkrawalle in Weitin die Ordnung und Sicherheit...

Am 19. Mai rückten aber trotzdem die Regierungstruppen in  
...Stettin ein und lösten die Arbeiterwehr — nicht etwa ab, — nein...

Stettin, den 2. Mai 1910.

Der Deutsche Redakteur Stephan Heise in Weitin,  
...Schulstraße 2, ist auf Grund des am 16. 5. 19 provisorisch...

1. in mehreren Versammlungen und bei mehreren Zusammen-  
...kommenen als Führer der unabhängigen Sozialdemokraten...

2. am 28. April 1910 auf der Ostenterrasse in Weitin;  
...am 1. Mai 1910 auf dem Marktplatz in Weitin.

3. am 1. Mai 1910 auf dem Marktplatz in Weitin;  
...am 28. April 1910 auf der Ostenterrasse in Weitin.

Man sieht es der Begründung dieser Gewalttat an, auf  
...welch unüberlässigem Epistolmaterial sie basiert, man kennt...

### Die Erschießung Dorenbachs.

Die „P. B. N.“ melden:  
...Die Weibung der „Freiheit“, daß der Kriminalbeamte...

Die „P. B. N.“ wagen also nicht zu bestreiten, daß  
...Dorenbach von dem Bizelembel Ernst Lamisch erschossen...

war übrigens nicht lange bei der Berliner Kriminalpolizei  
...tätig. Wie aus dem unterrichteter Seite mitgeteilt wird...

### Die Kriegsbeschädigten und Roste.

Damburg, 27. Mai.

Nach Bestimmung eines Berichterstatters wollte Reichswehr-  
...minister Roste heute in Hamburg zu Verhandlungen über die...

Nach einer Darstellung der „Vossischen Zeitung“ sind  
...die Tumulten erst entstanden durch die Weigerung...

### Gegen den Bürgerkrieg.

In der Frauenuhgebung des Bundes Neues  
...Vaterland am 28. Mai in der Berliner Stadthalle (Klosterstraße)...

1. Ausschaltung des politischen Einflusses der militärischen  
...Einflüsse.
2. Erhebung der Preiskörper durch eine aus dem Volk  
...gebildete Volkswacht, die nicht politischen Zwecken, sondern nur der...
3. Abschaffung des gesamten Strafvollzuges und  
...-verfahrens, insbesondere in allen noch schwebenden politischen...
4. Verminderung des gesamten Strafvollzuges durch unbemittelte  
...Personen.
5. Abschaffung des Standrechts. Berücksichtigung mili-  
...tärer Umstände im weltlichen Sinne, wenn bei Minderungen...

### Lebebour vor den Geschworenen.

In der heutigen Vormittagssitzung wurde der Zeuge Or-  
...tund Rosenbuhrt vernommen, der früher dem Volksguard...

Staatsanwalt Junck: Ich habe kein Interesse  
...daran, die Beweisaufnahme unerschwert einzuschranken. Ueber...

Das Gericht beschließt nun, die Frage nach der Roste zuzu-  
...lassen. Der Zeuge muß einräumen, daß er eine Dienstreise nicht...

Er gibt nunmehr an, eine Privatreise nach Leipzig durchgeführt  
...zu haben. Weitere Nachforschungen hierüber scheidet das Gericht...

Das Verhör des Zeugen wendet sich nunmehr der Waffenausgabe  
...im Marial und der Rede Lebebour's vom Ballon des Volksguard...

Lebebour: Meinen Freund Viehnecht können wir zur  
...Sache nicht hören,

Vorsitzender: Geübt worden, der Ausdruck ermordet  
...ist nicht zulässig. — Lebebour: Es ist gerichtsnotwendig, daß...

Lebebour befragt eindringlich den Zeugen, ob er dabei  
...bleiben wollte, daß er sich um die Waffenausgabe gekümmert habe...

Der Zeuge hat sich seine Aussagen auf den Fingern gezogen.  
...Der Vorsitzende trägt diesen Ausdruck.

Es kommt zwischen dem Vorsitzenden und Lebebour, da von  
...Lebebour's Seite die Fragestellung eingreift, zu...

Die Verhandlung wird nach weiteren Erörterungen auf  
...Mittwoch vertagt.

### Kongress sämtlicher Bekleidungs- und Instanz- ...sehungsdämter.

Zweiter Tag.

Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet mit der  
...Kassprache, die dem Referat über „Die Umwandlung der...

Stähler (Schneiderverband): Die Verschleppung der  
...Frage der Bekleidungsämter durch die Regierung zeigt, daß sie...

And Klein-Rürnberg schildert die Tätigkeit des dortigen  
...Betriebsrates, der zur Zufriedenheit der Arbeiterchaft im vor-

Haferstrah-Königsberg: Da für die Kriegsbeschädigten  
...vom Staate gefordert werden muß, hat das R. E. Königsberg...

Frankl-Altona (X. K. R.) teilt mit, daß das von ihm  
...vertretene Amt keine besonderen Aufträge erhalten hat, trotzdem...

Auf Aufforderung des Kongresses hat erklärte der anwesende  
...Vertreter des Kriegsministeriums, daß die...

Lehmann macht in seinem Schlußwort die Gemeindevor-  
...treter darauf aufmerksam, daß auch an eine Kommunalisierung...

Schumacher-Berlin referierte über die  
...Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Bekleidungs- und...

Von den aufgestellten Forderungen darf nicht abgesehen  
...werden, wenn auch die augenblickliche Regierung zur Durchführung...

Das Programm für die Bekleidungs- und Instanzsehungsdämter sind  
...die beteiligten Gewerkschaften.

Der Ins- und Ausbau der Bekleidungs- und Instanz-  
...sehungsdämter liegt im Interesse der gesamten arbeitenden...

Die Gewerkschaften werden verpflichtet, hinfür einzutreten,  
...daß alle Bekleidungsgegenstände, die Reich, Staat und Gemeinde...

Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Interessen der  
...Kamier im Sinne der Sozialisierung wahrzunehmen.

Die zur Zeit zur Ausführung kommenden Arbeiten sind in  
...einer Linie auf den Bekleidungsämtern und Instanzsehungsdämtern...

Der Kongress stimmte diesen Vorschlägen einstimmig zu  
...Bermer wurde folgende Resolution gegen 4 Stimmen an-

Der am 28. Mai und folgende Tage stattfindende Kongress  
...der Bekleidungs- und Instanzsehungsdämter Deutschlands erklärt...

Der Kongress beschließt, daß sämtliche Kamier von Kriegs-  
...ministerium losgelöst und einer anderen Behörde unterstellt...

Darauf hielt Genosse Wegmann einen Vortrag über den  
...Aufbau der wirtschaftlichen Industrie und das...

Grute findet die Schlußfassung des Kongresses statt

